

## KURZ UND PRÄGNANT

### Gedenken im KZ-Außenlager Laura

Am 13. April 1945 wurden die Häftlinge des Außenlagers Laura des KZ Buchenwald durch die Alliierten befreit. Das Lager bei Schmiedebach bestand 19 Monate. Unter menschenunwürdigen Bedingungen waren bis zu 800 Häftlinge in einer ehemaligen Scheune eingepfercht. Von 2.600, die in unterirdischen Produktionsstätten die Triebwerke der V2 testen mussten, verloren 550 ihr Leben. Ihrer und allen Opfern des Nazi-Regimes wurde anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des Außenlagers gedacht. Gemeinsam mit Ministerpräsident Bodo Ramelow und Vertretern des des LINKE-Kreisverbandes hatte Rainer Kräuter, Mitglied der Linksfraktion des Landtages, an den Feierlichkeiten zu Ehren der ehemaligen Häftlinge, ihrer ermordeten oder verstorbenen Kameraden aus der Sowjetunion, Polen, Frankreich, Italien, Belgien und den Niederlanden teilgenommen und ein gemeinsames Blumengebinde niedergelegt. „Besonders in diesen Tagen muss es darum gehen, viele der Zeitzeugen von damals zu treffen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, um ihr Vermächtnis weiterzugeben.“ Unter diesem Aspekt werde der Abgeordnete den Film „Geklaute Jugend“ und das Buch „Häftling 20801“ für die politische Arbeit im Wahlkreis einsetzen. „Behalten wir die Geschehnisse für immer im Gedächtnis. Angesichts der Lehren aus der deutschen Geschichte muss die Zivilgesellschaft zusammenstehen, um Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus die Stirn zu bieten. Für diese Ideologie darf niemals Platz in unserer Gesellschaft sein“, betonte der Landtagsabgeordnete. ■

### Alternative 54 e.V. besteht seit 20 Jahren

Anlässlich des Gründungsjubiläums des Vereins der LINKE Landtagsabgeordneten Alternative 54 e.V. findet am Montag, den 27. April, eine Festveranstaltung in der Staatskanzlei in Erfurt statt.

Der Verein, den 12 Abgeordnete der PDS-Fraktion des Thüringer Landtags vor 20 Jahren aus Protest gegen den Diäten-Automatismus nach Artikel 54 der Landesverfassung ins Leben gerufen haben, hat seither mit den persönlichen Spenden der Abgeordneten über 2.700 Vereine und Verbände in Thüringen unterstützt. Die Summe der ausgereichten Zuwendungen wird in diesen Tagen die Eine-Million-Euro-Grenze überschreiten, Anlass genug, dieses Jubiläum zu feiern. Dabei wird auch Gregor Gysi in Erfurt erwartet. ■

# Keine Unterstützung für Vorratsdatenspeichern

**Leider ist Bundesjustizminister Heiko Maas „umgekippt und setzt Bürgerrechte aufs Spiel“, kommentierte Katharina König, netzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, den sogenannten Kompromiss zur Vorratsdatenspeicherung vom 15. April.**

Die Abgeordnete verwies darauf, dass es kürzlich noch hieß, man werde im Alleingang nichts unternehmen, ehe nicht auf EU-Ebene eine neue Richtlinie erlassen wurde. „Nun wird offenbar im Eiltempo an der Umsetzung der anlasslosen Massenüberwachung gearbeitet. Dass die SPD im Bund ihre letzte Glaubwürdigkeit in Bürgerrechtsfragen verspielt, ist ihre Sache. Aber betroffen sind die Menschen in diesem Land, denen weitere Grundrechte eingeschränkt und genommen werden sollen. Das darf nicht hingenommen werden“, betonte Katharina König.

DIE LINKE im Bund und auch in Thüringen lehnt nach wie vor die Vorratsdatenspeicherung als ungeeignetes Mittel gänzlich ab. Als „völlig ungeeignet, auch nur einen rudimentären Schutz der Bürgerrechte zu gewährleisten“, bezeichnete die Abgeordnete dabei die als Kompromiss dargestellten Ausnahmeregelungen, die für bestimmte Fälle gelten sollen. „Weder die

kürzeren Speicherfristen, noch die Betuerungen, dass es keine Profilbildung geben soll, können darüber hinwegtäuschen, dass es sich um eine massenhafte Identitätsfeststellung handelt, die ohne jeden Anlass jede und jeden unter Generalverdacht stellt.“



Dass die Sammlung der Daten ohne Anlass erfolgt, war einer der Kritikpunkte, die die Gerichte dazu veranlassten, das vorangegangene Gesetz und die dazu gehörende EU-Richtlinie

als Grundrechtsverstöße einzuordnen und diese aufzuheben. „Darüber hinaus sind die Hinweise bezüglich der verbotenen Profilbildung auch äußerst unglaublich, denn wenn man auf eine große Liste von Verbindungsdaten einer Person schaut, ergibt sich ein gewisses Profil von allein“, stellte Katharina König fest.

Ganz unklar sei auch, wie man sich manche Ausnahmen vorstellen soll. „Sollen etwa Berufsgeheimnisträger, wie zum Beispiel Ärzte, Anwälte und Journalisten, jedes Kommunikationsmittel bei einer staatlichen Stelle anmelden, damit sie wieder aus der anlasslosen Überwachung ausgeschlossen werden kann? Dafür müssten sie sich im Prinzip ebenso bloßstellen, als seien sie von der Massenüberwachung wie jeder andere erfasst.“

Mit Verweis auf den rot-rot-grünen Koalitionsvertrag in Thüringen erklärte die LINKE Abgeordnete: „Ich bin sehr froh, dass sich zumindest die Thüringer SPD im Rahmen der Koalition dazu entschließen konnte, die Vorratsdatenspeicherung klar auszuschließen. Die Regierungsparteien in Thüringen haben deshalb im Koalitionsvertrag vereinbart, alle ihnen möglichen Schritte zu gehen, um die Einführung dieses Überwachungsinstruments zu verhindern. Das scheint nun leider schneller nötig, als vermutet.“ ■

## Aus der Landtagsdebatte zur 380-kV-Trasse (Fortsetzung v. S. 7)

b) dass die 380-kV-Höchstspannungsleitung vom Raum Halle über Erfurt nach Nordbayern weder energiewirtschaftlich noch versorgungsseitig notwendig ist“ – 2007. Bereits damals hat dies Ihre Regierung abgelehnt.

*(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wird Zeit, dass es wieder so weit ist!)*

Der Wähler mag da einen Riegel verschieben, weil wir ja Thüringen vorwärts gestalten wollen und nicht rückwärts, lieber Kollege Mohring.

Die Frage ist doch auch: Wer hat im Bundesrat EnLAG und NABEG, diesen Lobbygesetzen, zugestimmt? Ihre Landesregierung! Damit hat sie die Grundvoraussetzung geschaffen, dass diese Leitung gebaut worden ist, dass den Kommunen die kommunale Selbstverwaltungshoheit entzogen wurde, dass die rechtlichen Möglichkeiten für Bürger, für Kommunen, für Regionale Planungsgemeinschaften beschnitten wurden.

Wie ernst nimmt man dann noch Kommunen und Bürger? Wie ernst nimmt man sein eigenes Tun, wenn man dann einer Regierung, die dieses vorfindet, vorwirft, sie hätte Wahlversprechen gebrochen, sie würde die Bürger veralbern, sie würde ihnen Sand ins Getriebe streuen? Wie ernst nimmt man dann sein eigenes Tun aus den vorangegangenen 15 Jahren, lie-

ber Herr Gruner? Das müssen Sie sich einfach fragen lassen. Sie sind verantwortlich für diese Naturzerstörung.

Wenn immer abgestellt wird auf den Stand der Technik, was Sie auch gemacht haben – es war schon damals Stand der Technik, dass man auch einen Tunnel durch den Thüringer Wald für die Leitung hätte bohren können, wenn sie denn überhaupt gebraucht worden wäre. In Spanien machen sie es vor, die bauen für ihre Hochspannungsleitung durch die Pyrenäen einen Tunnel, um dieses zu transportieren. Das ist etwas teurer, klar, aber es schützt Natur, es schützt Umwelt, es schützt die Menschen in den betroffenen Gebieten. Und fahren Sie mal nach Schalkau, schauen Sie sich mal an, was dort gebaut werden soll mit dieser unsinnigen Trasse, was dort noch entstehen soll mit diesem Abzweig nach Grafenrheinfeld.

Schauen Sie es sich an, reden Sie mit den Bürgern, dann wissen Sie, was Sie verbrochen haben hier in Thüringen, und Gott möge uns beschützen davor, dass Sie wieder allein an die Regierung hier in diesem Lande kommen.

Es gibt viele technische Möglichkeiten, Strom zu transportieren und es gibt zum Beispiel auch die Möglichkeiten, durch Lastmanagement in den bestehenden Leitungen durch Hochtemperaturseile entsprechend auch den Strom in größerer Kapazität zu trans-

portieren. Dieses alles wurde hier von der Kollegin Enders, die Sie zitiert haben, gesagt. Ich finde es frech, dass Sie ausgerechnet Frau Enders zitieren, die Ihre Fraktion hier im Landtag ausgelacht hat für Ihre Vorschläge, wie man 380-kV-Leitung verhindern kann, wie man 380-kV-Leitung anders bauen kann.

Das sind alles Tatsachen, die hier benannt werden müssen, wenn man über diesen Bericht redet. Ich danke der Landesregierung, der Ministerin, dass sie, was Sie niemals fertiggebracht hätten, das ökologische Trassenmanagement durchgesetzt haben, was bei Ihnen nie auf der Agenda stand, dass man zumindest keine freigehaltenen Trassen im Thüringer Wald hat.

Aber ich bitte Sie, zukünftig regelmäßig über den Thüringer Wald zu gehen und Ihr Bauwerk zu betrachten. Ich habe auch noch einen Vorschlag von den Bürgern aus der Region Sonneberg. Ihr Fraktionsmitglied, der Henry Worm, war ja in der zurückliegenden Legislatur der energiepolitische Sprecher, Ihr Vorgänger, Herr Gruhner, er kommt ja aus der Region, und die Bürger haben mir vorgeschlagen, aufgrund der Nachhaltigkeit, um auch dem Henry Worm eine entsprechende Würdigung zukommen zu lassen, die Strombrücke von Altenfeld nach Schalkau „Henry-Worm-Trasse“ zu nennen. ■